

dbb fordert Schutz für alle Mütter



Foto: DSTG, Milanie Hengst im Gespräch mit Petra Mackroth (li.), Abteilungsleiterin Familienpolitik im Bundesfamilienministerium

Das **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Mutterschutzes vorgelegt.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** hat dazu eine Stellungnahme abgegeben. Den Anhörungstermin im Bundesfamilienministerium hat Milanie Hengst, Beisitzerin in der Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertretung, für den dbb wahrgenommen.

Der dbb hat am 5. April 2016 im Rahmen einer Anhörung beim Bundesfamilienministerium zur geplanten Novellierung des Mutterschutzrechts Stellung genommen. Die zweifache Mutter und Vorsitzende der DSTG Bundesfrauenvertretung Milanie Hengst, hatte in ihrer Funktion als Beisitzerin in der Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertretung die Gelegenheit, den dbb in der genannten Anhörung im Bundesfamilienministerium zu vertreten.

Milanie Hengst begrüßte, dass das neue Mutterschutzgesetz übersichtlicher und anwendungsfreundlicher werden soll. Dennoch müsse während der Schwangerschaft und in der Stillzeit ein einheitlicher Schutz für alle Frauen gelten. Es sei daher nicht nachvollziehbar, dass die ursprünglich vorgesehene Ausweitung des Mutterschutzes auf Schülerinnen, Studentinnen und Praktikantinnen in der jetzigen Fassung des Gesetzentwurfs nicht mehr zu finden sei. Es könne nicht sein, dass an einer Schule, Universität oder Fachhochschule unterschiedliche Schutzbestimmungen für Dozenten und Studentinnen gelten, hier müsse der Gesetzgeber nachbessern, forderte Milanie Hengst. Zudem müsse bei der Gefährdungsbeurteilung von Arbeitsplätzen die betriebliche/behördliche Mitbestimmung der Personalvertretung gestärkt werden.

Die geplante Einführung eines neu einzurichtenden Ausschusses für Mutterschutz nach dem Vorbild der Ausschüsse für Arbeits- und Gesundheitsschutz sei ein positives Signal, so Hengst.

Einkommensrunde 2016 für Arbeitnehmer von Bund und Kommunen

Nachdem auch die zweite Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen am 12. April 2016 in Potsdam ergebnislos geblieben ist, zeigt sich der dbb-Verhandlungsführer Willi Russ von der Strategie der Arbeitgeber verärgert:

'Das vorgelegte 'Angebot' ist völlig unbrauchbar. Den Arbeitgebern fehlt jeder Wille zum Durchbruch.'

Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 28. und 29. April 2016 vereinbart. Auch wenn wir nicht direkt beteiligt sind, unterstützen wir die Aktionen des dbb.



Der Abschluss für Bund und Kommunen ist die Grundlage für die Verhandlungen 2017 - Einkommensrunde der Länder